

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

A

Nr. 18

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von Mk. 1,00 pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorausbezahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Köln.

Köln,
den 30. April 1926.

Anzeigenpreis für die viergep. Millimeterzeile 30 Pfennig. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Verstand befinden sich Köln, Welterwall 9. Telefonruf West 61646. — Redaktionschluss ist Samstag Mittag.

27. Jahrg.

Der XI. Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Der Verlauf des 11. Kongresses der christlichen Gewerkschaften und die Beachtung, die dieser Kongress in der Öffentlichkeit gefunden hat, beweisen den starken Lebenswillen und die große Bedeutung unserer Bewegung.

Die Stadt Dortmund ist die größte Stadt Westfalens. Zum erstenmal tagte ein Kongress auf westfälischem Boden. Die Bedeutung der christlichen Gewerkschaften in Westfalen rechtfertigt, daß nach dem 10. auch der 11. Kongress im rheinisch-westfälischen Industriegebiete stattgefunden hat. Schwerlich gibt es im Deutschen Reich ein anderes Gebiet, wo die christliche Gewerkschaftsbewegung so stabile und solide innere Verhältnisse aufweisen kann, als unter der niedersächsischen Arbeiterbevölkerung Westfalens. Im westfälischen Volksschlag mit seinem gesunden Konservatismus, der die gute Tradition schätzt und überdem den Wert des Fortschritts wohl erkennt, mußte der christliche Gewerkschaftsgedanke besonders gut Wurzeln schlagen.

Den Ehrgeiz, die ersten in der christlichen Gewerkschaftsbewegung gewesen zu sein, haben die Westfalen freilich nicht gehabt. Immerhin ist festzuhalten, daß August Brust bei der Gründung des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter im Bochumer Bezirk zahlreiche Getreue fand; so den Kollegen Karl Kühme, der noch heute das Amt eines zweiten Vorsitzenden im Gewerkverein bekleidet. Von Bochum aus wurde auch der Gewerkverein einer breiteren Öffentlichkeit bekanntgemacht durch die große Schützenhof-Rundgebung im Januar 1897, wo die Professoren Adolf Wagner und Franz Hitze, sowie Landgerichtsrat Kulemann sprachen. Von Bochum aus gingen freilich auch die Versuche „politischer Kampfbühne“, den interkonfessionellen und parteipolitisch neutralen Gewerkverein unmöglich zu machen durch Gründung parteipolitisch gebundener Organisationen. Auf katholischer und Zentrumsseite war es Zusage, der die volle Selbständigkeit und Unabhängigkeit der gewerkschaftlichen Organisation christlicher Arbeiter nicht glauben zu können, während auf evangelischer und nationalliberaler Seite die Kreise um Quandel die Arbeiter gewerkschaftlich am Gängelbande zu halten sich bemühten. Zwar hatten die Herrschaften mit ihren Gegengründungen keinen Erfolg, aber ihre Quertreibereien sind einer schnelleren und günstigeren Fortentwicklung der christlichen Bergarbeitergewerkschaften im westfälischen Anteil des Industriebezirks dennoch abträglich genug gewesen.

Heute ist die christliche Gewerkschaftsbewegung auch in Dortmund eine Macht, die für die Vertretung von Arbeiterinteressen ausschlaggebende Bedeutung hat.

Bei Eröffnung des Kongresses konnte der Vorsitzende des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, Kollege Dr. h. c. Stegerwald, mit Recht darauf hinweisen, daß seit dem 10. Kongress im Jahre 1920 in Essen bis heute das deutsche Volk die schwerste Zeit durchlebt hat. Innerpolitische Unruhen, außenpolitischer Druck und in letzter Zeit die furchtbare Wirtschaftskrise haben ungeheure Anforderungen besonders an die Arbeitnehmer gestellt. Unsere christlichen Gewerkschaftler waren überall stark beteiligt, wo es notwendig wurde, im politischen Leben der Vernunft zum Siege zu verhelfen, vaterlandsfeindlichen Bestrebungen abzuwehren und reaktionären Strömungen gegenüber einen Damm aufzurichten.

Nach der Inflation hatten die deutschen Wirtschaftsführer den Kopf verloren. Lohnabbau und Verlängerung der Arbeitszeit wurden als die Allheilmittel für Wirtschaftsgefundung gepriesen, und der Versuch unternommen, diese Mittel unter allen Umständen anzuwenden. Dem Widerstand der Gewerkschaften ist es zu danken, wenn die Arbeitgeber ihr Ziel nicht erreichen konnten.

Die furchtbare Wirtschaftskrise hat dazu beigetragen, daß sich viele Revolutionsgewerkschaftler wieder „seitwärts in den Busch“ geschlagen haben. Dem dadurch herbeigeführten Mitgliederrückgang gegenüber gilt es aber zu beachten, daß unsere Bewegung auch heute noch mindestens doppelt so stark ist wie in der Vorkriegszeit. Es ist richtig, daß die gegenwärtige Lage für die Arbeiter durchaus unbefriedigend ist. Ohne Gewerkschaften würde aber in Zeiten, wie wir sie seit Jahren durchmachen, die Arbeiterschaft vollständig verelenden.

Der Dortmunder Kongress sollte auf der Grundlage des Essener Kongresses weiterbauen. Es hat sich also in Dortmund nicht darum gehandelt, neue Ideen zu offenbaren, vielmehr sollte

der XI. Kongress dem Ausbau und der Vertiefung unserer Bewegung in ihren Grundzügen dienen.

Schon bei Eröffnung des Kongresses zeigte sich das große Interesse der Öffentlichkeit für diese Tagung. Der Vorsitzende konnte feststellen, daß noch für keinen unserer bisherigen Kongresse eine so große Anzahl Gäste zur Teilnahme sich angemeldet hatten, wie für den XI. Kongress, und daß ganz besonders die Presse, auch die des Auslandes, stark vertreten sei.

Man mag der äußeren Aufmachung von gewerkschaftlichen Tagungen keine große Bedeutung beimessen. Und doch ist es für eine große Bewegung von höchstem Wert, wenn den Teilnehmern an solchen Tagungen zum Bewußtsein kommt, daß ihre Bewegung Beachtung findet.

Am Samstag, den 17. April, kamen hauptsächlich die Vertreter der befreundeten Organisationen zum Wort, am Sonntagvormittag die Behörden. Der Reigen der Begrüßungsansprachen am Samstag wurde vom Vertreter des Internationalen Arbeitsamtes eröffnet. Herr Henseler überbrachte die Grüße des Internationalen Arbeitsamtes und schilderte in kurzen Zügen die Aufgaben dieses Amtes. Dann folgte der Sekretär des Internationalen Bundes der christlichen Gewerkschaften, der im Namen der christlichen Verbände von 14 Ländern der Welt der deutschen Gewerkschaftsbewegung die herzlichsten Glückwünsche für das Gelingen der Tagung aussprach. Vertreter der christlichen Gewerkschaften Hollands und Oesterreichs begrüßten den Kongress im Auftrage der Mitgliedschaften dieser Länder.

Der Vorsitzende der Gesellschaft für soziale Reform, Geheimrat v. Kossig, betonte, daß in einer Zeit, wo der wirtschaftliche Egoismus geradezu hochgezüchtet werde, die Arbeiterschaft bei ihrem berechtigten Kampf um soziale Reform nicht Bundesgenossen genug haben könne. Es gelte, auch in schweren Zeiten den Mut nicht sinken zu lassen. Die unvergleichlichen Verdienste der christlichen Gewerkschaftsbewegung um Arbeiter und Volk seien die stärkste Bürgschaft für den inneren Wert der Bewegung. Nach Herrn v. Kossig sprachen die Vertreter der Angestellten- und Beamtenorganisationen. Ihnen folgten die katholischen und evangelischen Arbeitervereine, der kath. Gewerksverein, die Konsum- und Bauproduktgenossenschaften und schließlich Prälat Fr. August Pieper für den kath. Volksverein.

Die Ausführungen des Vertreters der kath. Arbeitervereine, Mgr. Walterbach, hatten angesichts der Spannungen, die im Westen Deutschlands sich bemerkbar gemacht hatten, besondere Bedeutung. Walterbach hob hervor, es müsse als selbstverständlich angesehen werden, daß ein kath. Arbeiter sich christlich organisiere. Bezüglich der Gleichgültigkeit vieler Arbeiter ihrer Gewerkschaft gegenüber erklärte Walterbach: Nur ein Cor oder gutmütiger Mensch kann glauben, daß die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft ohne starke, gewerkschaftliche Organisationen wirksam vertreten werden können. Ein Feigling ist, wer sich nicht bereit findet, für seinen Stand und seine Ideale Opfer zu bringen.

Vom Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften, Kollegen Otte-Berlin, wurde darauf der Bericht des Ausschusses erstattet.

Dem Ausschussbericht folgte eine kurze Aussprache. Am Abend des 1. Kongrestages war im großen Saale des „Friedenbaum“ eine Begrüßungsfeier, in der neben Ansprachen einiger Gäste unser Verbandsvorsitzende, Kollege Kurtzsch, die Festrede hielt. Durch die Gesangsvorträge eines starken Männerchors verschönt, nahm die Begrüßungsfeier einen guten Verlauf.

Der 2. Tag des Kongresses (Sonntag) wurde eingeleitet durch Festgottesdienste beider Konfessionen. Bei Weiterführung der Kongressverhandlungen nahmen zunächst die Vertreter der Behörden das Wort, um den XI. Kongress der christlichen Gewerkschaften zu begrüßen. Es sprachen Oberbürgermeister Dr. Eichhoff für die Stadt Dortmund, Reichsarbeitsminister Dr. Brauns für die Reichs- und preussische Landesregierung, Oberpräsident Gronowski für die Provinz Westfalen, ferner Bischof Dr. Klein, Generalsuperintendent Dr. Zöllner, Mr. Church aus England und zum Schluß Professor Dr. Gröschner für die Universität Münster i. W.

Ueber den Inhalt dieser Begrüßungsansprachen werden wir noch berichten. Nach den Begrüßungsreden sprach Kollege Stegerwald über: Die christlichen Gewerkschaften und die Gestaltung des deutschen Volkslebens, Kollege Imbusch über: Die Ordnung des Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Am Montag wurden die Vorträge über: Die deutsche Sozialpolitik in Vergangenheit und Zukunft vom Kollegen Otte, und: Das Wohnungs- und Siedlungswesen vom Wohlfahrtsminister Kollegen Hirtzler und Kollegen Duden gehalten.

Der 4. Verhandlungstag brachte zunächst zwei Vorträge über Lage und Aufgaben der deutschen Wirtschaft, gehalten von den Kollegen Valtrusch und Fabrenbrach. Allen Vorträgen folgte eine lebhafte Aussprache. Am Nachmittag wurde zu den vorliegenden Entschliessungen und Anträgen Stellung genommen. Dann folgte die Wahl des Ausschusses. Von unserem Verbands gehören dem Ausschuss an die Kollegen Kurtzsch, Schick und Scheuble.

Ein Vortrag von Dr. Köhr-Berlin über: Grundlagen und Wege des gewerkschaftlichen Bildungswesens bildete einen hervorragenden Abschluß der Tagesordnung. Ueber die verschiedenen Vorträge werden wir später berichten.

Jeder Teilnehmer am Kongress muß bei objektiver Würdigung von Inhalt und Verlauf der Tagung mit Stolz und Freude erfüllt sein. Die christlichen Gewerkschaften in Deutschland sind innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung ein Machtfaktor geworden, mit dem Freunde und Gegner rechnen müssen. Mögen gegenwärtig noch so viele Mißmischer versuchen, den Wert der gewerkschaftlichen Arbeit herabzumindern, mögen die wunderlichsten Ränje nach dem Stein der Weisen suchen, mit dem dann ohne weiteres alle Uebel unserer Zeit geheilt werden sollen, das eine steht fest: Ohne starke Gewerkschaften wird es der Arbeiterschaft nicht gelingen, ihre berechtigten Wünsche durchzusetzen.

Der XI. Kongress der christlichen Gewerkschaften in Dortmund fand seinen Abschluß mit einer kernigen Schlussansprache des Kollegen Behrens, einem begeisterten Hoch auf die Bewegung und dem Absingen des Deutschlandliedes.

Aus dem Bericht des Ausschusses.

Von Generalsekretär Otte-Berlin.

Für diejenigen, die sich in den Nachkriegsjahren mit offenen Augen im Gewerkschaftsleben umgesehen haben, bedeutet die Tatsache, daß die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften sich gelichtet haben, keine Ueberraschung. In der ersten Zeit nach dem Kriege war es gleichsam selbstverständlich, daß jeder Arbeitnehmer einer gewerkschaftlichen Organisation angehörte. In die aufgemachten Gewerkschaftstore strömte alles hinein, ohne sich über das, was die Gewerkschaften sein sollten und sein konnten, klar zu sein. Dabei war eine Arbeit auf lange Sicht in den Jahren nicht möglich. Ständige Lohnbewegungen und die Wahrnehmung rein materieller Interessen nahmen die Kräfte der Gewerkschaften vollständig in Anspruch und ließen für die so notwendige Schulungsarbeit nur wenig Zeit.

Dazu kam die Tatsache, daß sich in weiten Arbeitnehmerkreisen in den verflochtenen Jahren ein zu starker Glaube an die Allmacht des Staates festgesetzt hatte. Die Gewerkschaftsbewegung war den Mitgliedern ein Faktor, der entweder bei der Regierung selbst oder auf dem Wege über die Parteien mehr oder minder alle Forderungen durchsetzen konnte oder sollte. Der gewerkschaftliche Selbsthilfsgedanke, das Vertrauen auf die eigene Kraft und das eigene Können kamen bei dieser Erklärung zu kurz. Es war nur zu verständlich, daß, als nun nach geraumer Zeit Revolution, Inflation, Sanktionen, Reparationen und Ruhrinbruch einen Zustand herbeiführten, der den Lebensraum des deutschen Volkes wesentlich einengte, und als sich herausstellte, daß manches anders lief, als man erwartet hatte, sich eine Enttäuschung bemerkbar machte und eine rückläufige Bewegung einsetzte. Im Jahre 1925 war die rückläufige Bewegung bereits überwunden, und macht sich in vielen Verbänden wieder eine Aufwärtsentwicklung bemerkbar.

Eine Schlussfolgerung aber über die innere Schwächung der Gewerkschaften, wie sie insbesondere auch die wirtschafts-

friedliche" Gruppe der Arbeiterschaft ziehen möchte, ist unangebracht. Der Teil der Arbeiterschaft, der von wirklichem Standesbewußtsein erfüllt ist, ist auch heute noch der entscheidende Kern der Gewerkschaften. Diese gesunde Kerntruppe lehnt jede Gemeinschaft mit den sogenannten „gelben“ Organisationen ab. Sie können nicht als Gewerkschaften anerkannt werden.

Die christlichen Gewerkschaften bekennen sich zu einem gesunden Berufsgedanken. Auseinandersetzungen über Berufs- oder Industrieverbände sind deshalb für uns weniger programmatischer bzw. grundsätzlicher Art. Veränderungen der Industriestruktur können allerdings unter Umständen auch Veränderungen oder Anpassungen der gewerkschaftlichen Organisationsform bedingen. Die Verbände, die mehrere Berufsgruppen in sich vereinigen, lassen es sich angelegen sein, den beruflichen Interessen und dem beruflichen Eigenleben der einzelnen Berufsparten entsprechend Rechnung zu tragen.

Die Frage der beruflichen und fachlichen Schulung ist für die Gewerkschaftsbewegung außerordentlich wichtig, müssen wir uns doch den Weltmarkt zu einem guten Teil durch Leistung von Qualitätsarbeit wieder zurückerobern. Auf dem Gebiete der beruflichen und fachlichen Schulung leisten eine Reihe unserer Verbände eine sehr gute Arbeit. Unsere Betriebsräte haben neben ihrer engeren Interessensvertretung auch die Aufgabe, die Arbeitgeber in der Erfüllung der Betriebszwecke zu unterstützen und für einen möglichst hohen Stand und für möglichst Wirtschaftlichkeit der Betriebsleistungen mitbedacht zu sein. Im großen und ganzen sind die Betriebsräte, soweit sie unseren christlichen Gewerkschaften angehören, ihrer Aufgabe gerecht geworden. Es muß in diesem Zusammenhang noch hervorgehoben werden, daß einige Verbände erhebliche Aufwendungen machen, um die Betriebsräte besonders zu schulen und sie für ihr verantwortungsvolles Amt reifer zu machen.

Nach Beendigung der Inflationszeit haben sowohl der Gesamtverband, als auch die dem Gesamtverband angeschlossenen Verbände ihre Organisation und Verbandseinrichtungen innerlich mehr ausgebaut. Die Verbandsorgane wurden hinsichtlich der Zeitfolge des Erscheinens und des Umfangs wieder auf den Vorkrisenstand gebracht. Das Kuriosum wurde ausgebaut und ebenfalls die während der Inflationszeit meist abgebauten Unterstufungen wieder neu eingeführt.

Der Essener Kongreß der christlichen Gewerkschaften hat sich damals nicht zuletzt in Erkenntnis der Schwierigkeiten, die sich für eine auf christlich-nationaler Grundlage stehende und parteipolitisch neutrale Gewerkschaftsbewegung aus der veränderten politischen Lage, bei einem für das parlamentarische System noch nicht reifen Volk ergeben können, beschäftigt. Tatsächlich ist es ein Zeichen innerer Kraft und Stärke, daß es in den verfloßenen Jahren gelang, die Einheit der christlichen Gewerkschaftsbewegung durch alle parteipolitischen Stürme hindurch zu retten. Es hat nicht an Versuchen gefehlt, von außen her Uneinigkeit in unsere Bewegung hineinzutragen. Es geschah das meistens auf dem Umwege über parteipolitische Vorgänge. Die Bewegung ist aber innerlich geschlossen geblieben.

Behindert werden muß, daß politische oder vaterländische Organisationen auf das gewerkschaftliche Gebiet übergreifen suchen. Sei es, daß dieses geschieht durch Einrichtung von Arbeitsnachweisen, durch Aufstellung von eigenen Listen bei Betriebsrätewahlen oder durch sonstige Einrichtungen, die eine Art Gewerkschaftserfaß darstellen sollen.

Ueber das Verhältnis des Zentralverbandes der Landarbeiter zu den übrigen Verbänden und zum Gesamtverband ebenfalls einige Bemerkungen: Es ist in den letzten Jahren nicht überall in entsprechendem Maße berücksichtigt worden, daß ein Landarbeiterverband unter anderen Voraussetzungen arbeiten muß als die meisten übrigen Verbände. Abgesehen davon, daß die gewerkschaftliche Tradition bei den Landarbeitern in dem Ausmaße fehlt, haben die Landarbeiter meistens weniger Einkommen, zahlen geringere Beiträge, wohnen zerstreut in den Dörfern und auf den Gutshöfen, so daß auch die Verwaltung schwieriger und kostspieliger ist. Endlich ist auch das Arbeitsverhältnis des Landarbeiters ein viel persönlicheres und engeres zum Arbeitgeber, als das in der Industrie der Fall ist. Wegen mangelnder Würdigung, insbesondere auch des letzteren Umstandes, sind auch nicht alle Einrichtungen und Bindungen, die der Zentralverband der Landarbeiter schuf, auf allgemeines Verständnis gestoßen. Eine Reihe von Einrichtungen und wirtschaftlichen Unternehmungen des Zentralverbandes der Landarbeiter gerieten so in das Licht kritischer und beargwöhnlicher Würdigung, und mit aus dieser Situation heraus ist dann auch der Fall Behrens-Meyer zu beurteilen. Das Uebelste an diesem Fall ist aber, daß er in der Öffentlichkeit fast nur unter parteipolitischen Gesichtspunkten gewürdigt und ganz in den parteipolitischen Interessentritt hineingezogen wurde. In bezug auf den Kollegen Behrens muß gesagt werden, daß es in der christlichen Gewerkschaftsbewegung nicht einreißt dar, daß wir Männer, die mehr als 25 Jahre der Bewegung treu dienten und ihr in schwerer Zeit unschätzbare Dienste leisteten, aus solchen Anlässen und wegen einer Inkorrektheit — die von Behrens selbst zugegeben wurde — fallen lassen oder ihnen das Vertrauen entziehen.

In der Jugendarbeit wird der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften eine stärkere Arbeitskraft entfalten in dem Sinne, daß der Idealismus der Jugend auf einen Weg geleitet wird, der den realen Tatsachen des wirtschaftlichen Lebens Rechnung trägt. Nur ein auf Klarheit der ... beruhender

Idealismus bewahrt vor Verschwommenheit der Weltanschauung, wie es in dem neu aufgetauchten Ruf nach den „Einheitsgewerkschaften“ zutage tritt.

Mit den konfessionellen Standes- und Jugendvereinen wollen wir treue Weggenossen in der Zukunft sein, wie in vergangenen Jahren. Diese Bundesgenossenschaft soll sich praktisch in gemeinsamer Arbeit miteinander und füreinander äußern.

Der Essener Kongreß bedeutet auch heute für unsere Bewegung noch viel. Die 1. Zt. auf dem Essener Kongreß angekündigte Tageszeitung „Der Deutsche“ ist heute ein wertvolles Mittel für uns im Kampf um die gewerkschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Interessen der Arbeitnehmerschaft geworden. Es ist selbstverständlich, daß „Der Deutsche“ bei der parteipolitischen Zusammenfassung der christlichen Gewerkschaftsbewegung und des Deutschen Gewerkschaftsbundes es in der Stellungnahme zu politischen Fragen nicht allen recht machen kann. Auf dem Gebiete der umstrittenen politischen Fragen muß er sich deshalb einer gewissen Zurückhaltung befleißigen und die Fragen aus der engen parteipolitischen Sphäre herausheben.

Die Genossenschaftsbewegung ist in den Nachkriegsjahren ebenfalls gewachsen. Manche Inflationsgründungen waren aber nicht so fundiert, daß sie in der Zeit der Stabilisierung, verbunden mit Geldknappheit und Wirtschaftskrise, dem Sturm standhalten konnten. Wir müssen und wollen die Genossenschaftsbewegung fördern.

Auf eine Einrichtung der christlichen Arbeiterschaft, die ebenfalls in die Zeit nach dem Essener Kongreß fällt, möchte ich noch hinweisen, nämlich: den Zentralwohlfahrtsausschuß der christlichen Arbeiterschaft. Ihm gehören an: der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, die evangelischen und katholischen Arbeitervereine, die katholischen Gesellensvereine und der evangelische Arbeiterinnenverein. Der Zentralwohlfahrtsausschuß der christlichen Arbeiterschaft ist einmal aus der Not der Zeit und zum zweiten aus der veränderten Rechtslage, in der sich die Arbeiterschaft gegen früher befindet, zu verstehen und zu bewerten. Der Zentralwohlfahrtsausschuß ist vor allen Dingen auch geboren aus dem Gedanken, daß die Arbeiterschaft selbst Liebesdienst tun soll und muß an ihren eigenen Standesangehörigen. Nachdem der Arbeiterstand als gleichberechtigter Stand eingereicht ist in Staat und Gesellschaft, kann und will er die Betreuung seiner Standesangehörigen nicht allein anderen überlassen.

Wir leben gegenwärtig noch in einer schweren Zeit. Trotzdem gab es in der Berichtszeit Jahre, die noch ungleich schwerer auf dem ganzen Volke, vor allem auf der deutschen Arbeiterschaft, lasteten. Besonders sei hier die Zeit des Ruhrkampfes erwähnt. Die Arbeiterschaft hat in dieser Zeit treu zum Volksganzen und zur Nation gestanden. Wenn wir heute im ganzen wieder gefestigter dastehen, so hat die deutsche Arbeiterschaft ihren vollen Anteil daran.

Bei der Zunahme der Erwerbstätigkeit der Frau und der großen Anzahl der Industrien, die Arbeiterinnen beschäftigen, muß der gewerkschaftlichen Erfassung und Schulung der Arbeiterinnen ein verstärktes Augenmerk gewidmet werden.

Die christliche Gewerkschaftsbewegung steht innerlich gefestigt da und ist ein bedeutsamer Faktor des deutschen Volkslebens geworden.

Entschlüsseungen.

Grundsätze über die Stellung der Bewegung zum Staat.

1. Die christlichen Gewerkschaften stehen positiv zu allem, was das deutsche Volk und damit die deutsche Arbeiterschaft im christlichen und nationalen Sinne vorwärts und aufwärts führt. Daraus ergibt sich die bejahende Stellung der christlichen Gewerkschaften zum Staat und zu seinen christlich-nationalen Grundlagen. Getreu ihren Grundsätzen, lehnen die christlichen Gewerkschaften nach wie vor alle Bestrebungen ab, die auf illegalem Wege eine Aenderung der Staatsform herbeiführen wollen. Höher als die Staatsform steht der Staat selbst in seiner Aufgabe für das Volk.

Staatsbewußtsein und Verantwortung des Volkes in allen Schichten gegenüber dem Staat sind die besten Voraussetzungen eines gesunden staatslichen Lebens. Diese Voraussetzungen sind nur zu gewinnen, wenn alle Volksschichten Einblick in die Staatsaufgaben und die Staatsführung, sowie Einfluß auf den Staat haben. Die christlichen Gewerkschaften bekennen sich aus diesen Erwägungen zum im christlichen Geiste wirkenden nationalen Volkstaat.

2. Jeder bestimmende oder mitbestimmende Einfluß des Volkes auf den Staat hat politische Parteien zur Folge. Auf den Parteien lastet im parlamentarisch regierten Staat letzten Endes die politische Verantwortung.

Das gegenwärtige deutsche parlamentarische Regierungssystem kann als vollkommen nicht angesehen werden. Verfassungsänderungen und Gesetze allein reichen aber nicht aus, einen besseren Zustand zu begründen. Wesentlich ist hierzu eine geistige und politische Umstellung des einzelnen Deutschen und des ganzen Volkes.

3. Sinn des parlamentarischen Regierungssystems ist, daß die Parteien oder Parteigruppierungen, die die Mehrheit darstellen, mit der Staatsführung betraut werden.

Bestand, Ziele und Aufgaben der christlichen Gewerkschaften können nicht abhängig sein von wechselnden parlamentarischen Koalitionen. Unter jeder Regierung, wie immer sie sich auch zusammensetzt, haben die christlichen Gewerkschaften die ihnen eigenen Aufgaben zu erfüllen und den einmal als notwendig erkannten Zielen zuzustreben. Pflicht der aus der christlich-nationalen Arbeiterbewegung hervorgegangenen Abgeordneten ist es, bei jedweder parlamentarischen Koalition die Rechte der Arbeiterschaft zu wahren und für die gleichberechtigte Eingliederung der Arbeiterschaft in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft besorgt zu sein.

4. Ziel der Mitgliedschaft in einer christlichen Gewerkschaft ist die Teilnahme an Bestrebungen, die gegen die Grundsätze der christlichen Gewerkschaftsbewegung verstoßen, unvereinbar.

5. Die christlichen Gewerkschaften sind eine weltanschaulich und organisatorisch geschlossene Gemeinschaft. Nur in dieser Geschlossenheit können sie ihre Standes- und volkspolitischen Ziele erreichen. Alle Bestrebungen von außen, die diese Geschlossenheit gefährden, und die darauf hinausgehen, sich der organisatorischen Macht der christlich-nationalen Arbeiterschaft zu parteipolitischen Zwecken zu bedienen, werden abgelehnt.

Reparationszahlungen.

Der 11. Kongreß der christlichen Gewerkschaften stellt fest, daß die Wirtschaftspolitik, die einzelne Gläubigerstaaten gegenüber Deutschland praktisch treiben, mit dem Sinne des Londoner Abkommens und den Dawes-Plänen im striktesten Gegensatz steht. Selbst der Generalagent für Reparationszahlungen hat diese Tatsache in seinem Bericht vom 30. November 1925 hervorgehoben und erste Mahnungen ausgesprochen.

Wenn die Gläubigerländer sich weiter gegen die deutsche Ausfuhr mit Einfuhrverboten und Prohibitivzöllen sperren, das Niederlassungsrecht den deutschen Firmen nicht zuerkennen und deutschen Kaufleuten den Eintritt in ihr Land unsäglich erschweren oder gar verwehren, kann die deutsche Ausfuhr nicht den Umfang erreichen, der nötig wäre und bei den Verhandlungen angenommen wurde, um die Zahlungen nach dem Dawes-Plan zu leisten.

Der Kongreß weist im übrigen ausdrücklich darauf hin, daß Friedensvertrag und Londoner Abkommen den deutschen Arbeitnehmern eine ähnliche Lebenshaltung wie den Arbeitnehmern der alliierten und angrenzenden Länder zuerkennen. Diese haben sie nicht.

Die deutschen Arbeitnehmer können daher mit Recht verlangen, daß die Gläubigerstaaten nicht Maßnahmen ergreifen oder aufrechterhalten, die ihnen die Erlangung eines angemessenen Reallohnes und einer entsprechenden Arbeitszeit unmöglich machen. Deutschland große Leistungen an fremde Staaten aufzuerlegen und dasselbe Deutschland gleichzeitig künstlich in der Weltwirtschaft niederhalten zu wollen, ist eine offen zutage liegende Unmöglichkeit.

Saargebiet.

Der 11. Kongreß der christlichen Gewerkschaften Deutschlands nimmt Kenntnis von den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zuständen, wie sie sich unter dem Regime des Völkerbundes an der Saar entwickelt haben.

Diese Zustände bestimmen den Kongreß, das Reich und die Regierungen der in Frage kommenden Länder zu ersuchen, auf schnellstem Wege den Frankenrentnern und den Frankenhilfsempfängern in den ans Saargebiet angrenzenden Bezirken in ausreichender Weise zu helfen.

Darüber hinaus ersucht der Kongreß die Reichsregierung, die baldige restlose Wiedervereinigung des Saargebietes mit dem Reiche zu erstreben.

Bis zur Erreichung dieses Zieles erwartet der Kongreß, daß das Reich gemäß den Bestimmungen des Versailler Vertrages sich für Angleichung der Sozialversicherung an diejenige des Reiches einsetzt bzw. eine Verschmelzung mit den deutschen Versicherungsträgern herbeiführt.

Industrie- und Handelskartelle (Preisfrage).

Der 11. Kongreß der christlichen Gewerkschaften hält es vom Standpunkt des allgemeinen Wohls für notwendig und für im Staatsinteresse liegend, daß den Kartellen der Industrie, des Handels und den Handwerkerinnungen von Staats wegen erhöhte Aufmerksamkeit gewidmet wird.

Er fordert, daß

1. alsbald ein Kartellamt beim Reichswirtschaftsministerium errichtet wird, bei dem alle Kartelle und kartellähnlichen Gebilde registriert und dem die Satzungen, Vereinbarungen und Beschlüsse zu übermitteln sind;
2. der Reichswirtschaftsminister das Recht erhält, vor Erhebung einer Klage vor dem Kartellgericht die Beteiligten mit den Befugnissen eines Untersuchungsrichters im Strafverfahren zu vernehmen;
3. eine Nachprüfung der Kalkulation ermöglicht, und
4. alle Vereinigungen, die nach ihrer Satzung zur Vertretung der wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder berechtigt und verpflichtet sind, die Befugnis erhalten, vor dem Kartellgericht Klage zu erheben und sich durch Dritte, die entsprechend bevollmächtigt sein müssen, vertreten lassen dürfen;
5. in einer kartellierten Industrie- oder Wirtschaftsgruppe in dem zuständigen Kartell ein Vertretungsrecht für die Arbeitnehmerschaft, bzw. deren Organisationen in den Organen und beschließenden Instanzen zu schaffen und zu sichern ist;
6. der Reichswirtschaftsminister den Entwurf des Gesetzes zur Förderung des Preisabbaues nicht zurückzieht, sondern alsbald den gesetzgebenden Körperschaften in seiner ursprünglichen Gestalt, unter Berücksichtigung der Abänderungsvorschläge des Reichswirtschaftsrats zu den einzelnen Artikeln, zur schleunigen Verabschiedung vorlegt.

Steuerfrage.

Der 11. Kongreß der christlichen Gewerkschaften erkennt mit Dank die wertvollen Arbeiten und Erfolge auf steuerlichem Gebiete, wie sie insbesondere auch von den Abgeordneten, die den christlichen Gewerkschaften angehören, zugunsten der Produktionsförderung und der breitesten Volksschichten geleistet und erreicht worden sind, an.

Er bedauert, daß die einheitliche Gestaltung der Finanzpolitik so außerordentlich schwierig ist wegen der nicht systematischen Abgrenzung der Aufgaben von Reich, Ländern und Gemeinden. Er sieht gleichfalls ein außerordentlich starkes Bedenken für die Entwicklung unserer Steuerpolitik in der Tatsache, daß fast alle indirekten Steuern für Reparationszwecke verpfändet sind und dadurch ihre Höhe nicht von dem freien Ermessen des deutschen Volkes abhängig ist.

Für die Zukunft stellt der 11. Kongreß der christlichen Gewerkschaften folgende Forderungen auf:

- a) fortschreitender Abbau der Umsatzsteuer, wenn möglich restlose Beseitigung bei günstiger Finanzlage;
- b) Steuerpolitik nicht nur nach wirtschaftlichen, sondern auch nach sozialen Gesichtspunkten. Ein Abbau der Vermögens- und Einkommensteuertarife, wie er vielfach von interessierter Seite angeregt und anscheinend vom Reichsfinanzminister beabsichtigt wird, ist auf das stärkste zu bekämpfen, ebenso wie eine stärkere Belastung des lebenswichtigen Verbrauchs. Durch eine soziale Steuerreform, besonders auch durch weitere Erleichterungen der Lohn-

steuer, muß die Kapitalneubildung gerade bei den wirtschaftlich schwächeren Volksschichten gefördert werden; die Hauszinssteuer muß in ihrem Ertrage baldmöglichst restlos für Wohnungsneubauwerke verwendet werden; eine Senkung der Zuckersteuer ist zu erstreben und die gegebenenfalls daraus sich ergebenden Einnahmeausfälle für Reparations-Verpfändungen durch erhöhte Erträge aus einer Umgestaltung des Branntweinmonopols zu ersetzen; eine scharfe Durchführung der im letzten Sommer in der Steuergesetzgebung gefassten Beschlüsse über den Ausbau der regelmäßigen Buch- und Betriebsprüfungen für gewerbliche und landwirtschaftliche Großbetriebe ist nötig; der Kongress sieht in der vervollkommenen Buch- und Betriebsprüfung die wichtigste Garantie, daß die im Sommer 1925 beschlossenen Veranlagungs- und Bewertungsbestimmungen einen wirklichen praktischen Erfolg zur Herbeiführung einer gerechten Besteuerung und strengen Steuermoral zeitigen.

Zins, Gebühren und Transportkosten.

Der 11. Kongress der christlichen Gewerkschaften fordert im Interesse der Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft und Produktionssteigerung:
 a) Die schleunige Herabsetzung der Zinssätze und Provisionen und die Verminderung der Spanne zwischen Soll- und Habenzinsen. Auch der Reichsbankdiskont bedarf einer erneuten Nachprüfung.
 Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft wird es bei den heutigen hohen Zinssätzen und Provisionen erschwert, nutzbringend und konkurrenzfähig zu arbeiten.
 b) Die Herabsetzung der zum Teil noch aus der Inflationszeit stammenden viel zu hohen Sätze der Gerichts-, Anwalts- und Patentgebühren. Die Gebührensätze müssen wieder in ein erträgliches Verhältnis zu den wirklichen Werten der Objekte gebracht werden.
 c) Die erneute Durchprüfung der Frachttarife der Eisenbahn, die noch durchschnittlich auf 150% der Friedenssätze und darüber stehen. Ebenso sind auch die privaten Transportspesen noch entschieden zu hoch. Eine noch genauere Spezialisierung der Tariffätze der Eisenbahnen und der Transportspesen der privaten Fuhrhalter mit dem Ziel einer Senkung ist dringend erforderlich. Auch die Telegramm- und Fernspreckgebühren der Reichspost müßten eine weitere Herabminderung erfahren. Es sollten Neubauten und große Instandsetzungsarbeiten bei den öffentlichen Verkehrsinstituten zweckmäßig nicht aus laufenden Einnahmen, sondern auf dem Anleihewege finanziert werden und die anfallenden Arbeiten von den Behörden, soweit man sie nicht in eigener Regie ausführt, zwar beschleunigt, aber nicht stoßweise und ohne zu starke Vorbelastung der sich anbietenden Unternehmer mit Vorkalkulationen und Projekten vergeben werden. Auch die vergebenden Behörden können den Preisabbau durch Vermeidung jeder unnötigen Verschönerung der Submittanten fördern.

Zur Lohnfrage.

Der 11. Kongress der christlichen Gewerkschaften wendet sich mit Entschiedenheit gegen die weitere Herabsetzung der ohnehin mangelhaften Löhne. Der vielerorts leider beklagte Lohnabbau ist das denkbar schlechteste Mittel, um aus der Wirtschaftskrise herauszukommen. Eine weitere Schwächung der Kaufkraft der breiten Schichten der Konsumenten drückt automatisch auch auf das Kaufvermögen der Landwirtschaft, verlangsamt die notwendige Umstellung in Industrie und Handel und treibt viele erhaltungswerte Betriebe zum Bankrott, weil die innere Kaufkraft dem notwendigen Bedarf nicht mehr entspricht. Ohne ausreichende Entlohnung der Arbeiterschaft kann aber weder ein kaufkräftiger Inlandsmarkt hergestellt, noch unsere Wirtschaft aus der Krise herausgeführt werden. Das Verlangen der Gewerkschaften, die Löhne zu erhöhen, um die Kaufkraft der breiten Volksmassen zu stärken, liegt daher durchaus im Interesse des gesamten Volkes. Es muß an der grundsätzlichen Forderung festgehalten werden, daß der Lohn dem Arbeiter und seiner Familie ein menschenwürdiges Dasein ermöglichen kann. Bei der gegenwärtigen Einstellung großer Teile des deutschen Unternehmertums ist die freiwillige Gewährung solcher auch die Wirtschaft vorwärtsbringender Löhne nicht zu erwarten, sie müssen durch Selbsthilfe erungen werden. Die Arbeiterschaft muß daher stärker als bisher sich der Tatsache bewußt werden, daß eine günstige Lösung der Lohnfrage in der Hauptsache davon abhängt, ob an Mitgliedern und Finanzkraft starke gewerkschaftliche Organisationen vorhanden sind. Der Kongress fordert deshalb die gesamten Mitglieder der christlichen Gewerkschaften im Lande auf, durch eigene Opferwilligkeit und durch energische Werbearbeit den weiteren Ausbau und die Erstarkung der christlichen Gewerkschaftsbewegung herbeizuführen.

Mitbestimmungsrecht und Mitbesitz.

Der 11. Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands erhebt erneut die Forderung auf die den Arbeitnehmern in der Reichsverfassung zugesicherte gleichberechtigte Mitwirkung an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte. Er fordert vor allem die paritätische Zusammensetzung aller öffentlich-rechtlichen Wirtschaftskammern sowie die baldige Errichtung von Bezirkswirtschaftsräten und des endgültigen Reichswirtschaftsrats in organisch gegliedertem Aufbau. Für diese Körperschaften ist die freie Selbstverwaltung und Betätigungsmöglichkeit in allen wichtigen Angelegenheiten der Wirtschafts- und Sozialpolitik gesetzlich festzulegen. Die erstrebte gleichberechtigte Mitbestimmung und Mitbestimmung in Betrieb und Wirtschaft können die Arbeitnehmer in verstärktem Maße erreichen auf dem Wege über den Mitbesitz der Wirtschaft. Durch Stärkung und gute Organisation der Sparkraft, sowie die systematische Verwendung des Sparkapitals ist diesem Ziele zuzustreben. Aufgabe aller Angeestellten, sowie der Kartell- und Ortsgruppenleitungen ist, unausgesetzt für diese Idee zu werben und auch durch Errichtung von Sparannahmestellen der Deutschen Volksbank den Sparbetrieb zu erleichtern. Die gesammelten Spargelder dienen unter bankmäßiger Sicherung in erster Linie der Stärkung aller den christlichen Gewerkschaften nahestehenden gutgeleiteten Wirtschaftsunternehmungen, insbesondere Konsumvereinen, Produktivgenossenschaften und Versicherungsgesellschaften. Verfügbare Gewerkschaftsgelder sind gleichfalls in verstärktem Maße diesen Zwecken dienstbar zu machen. Es wird dabei vorausgesetzt,

daß die Mittel und Einrichtungen der Wirtschaftsunternehmungen (Konsumvereine, Produktivgenossenschaften und Versicherungsgesellschaften) auch den gewerkschaftlichen Bestrebungen dienen.

Der Ausschuss des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften wird beauftragt, zur Sammlung eines besonderen Produktionsfähiges die notwendigen Maßnahmen zu treffen.

Planmäßigkeit im Bauwesen und der Baustoffwirtschaft.

Der 11. Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands hält das Heranziehen der Straßen- und sonstigen Bauvorhaben aller Art der öffentlichen Hand als Ausgleichsfaktor zur Milderung der Wirtschaftskrisen und Preisschwankungen auf dem Bau- und Baustoffmarkt für dringend notwendig. Durch Feststellung des öffentlichen Baubedarfs auf weite Sicht muß dahin gestrebt werden, daß die öffentlichen Bauausführungen aller Art möglichst in Zeiten allgemeiner wirtschaftlicher Not durchgeführt werden. Aufträge zur Beschaffung von Material für den Straßenbau sind vorwiegend in der geschäftstillen Zeit der heimischen Steinindustrie zu überweisen.

Zur Arbeiterinnenfrage.

Der 11. Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands sieht in der Familie das ureigenste Aufgabengebiet der Frau. Tausende aber sind gezwungen, durch industrielle Lohnarbeit für sich und die übrigen den notwendigen Lebensunterhalt zu verdienen. Für diese Frauen verlangt die christliche Gewerkschaftsbewegung ausreichende Löhne und gute Arbeitsbedingungen, sowie den notwendigen Schutz für Leben und Gesundheit. Sie fordert ferner neben einer guten beruflichen, eine ausreichende hauswirtschaftliche Ausbildung, damit die Aufgaben der Frauen und Mütter in bester Weise erfüllt werden können.

Die christlichen Gewerkschaften sehen in der Fabrikarbeit der verheirateten Frau einen der schlimmsten Auswüchse unserer heutigen Wirtschaft. Sie führt zu einer Überlastung und gesundheitlichen Schädigung der Frau, behindert die geordnete Führung des Haushaltes und die sorgfältige Erziehung der Kinder, und hat damit eine Gefährdung des Familienlebens zur Folge.

Darum erstrebt die christliche Gewerkschaftsbewegung ausreichende Löhne, um die Gründung der Familie und deren Unterhalt zu ermöglichen.

Für Frauen und Mütter, die durch ungünstige wirtschaftliche Verhältnisse zur außerhäuslichen Erwerbsarbeit gezwungen sind, fordert die christliche Gewerkschaftsbewegung erneut besonderen gesetzlichen Schutz.

In Zeiten langandauernder Massenarbeitslosigkeit ist dahin zu streben, Erwerbslose an die Arbeitsstellen jener Frauen zu bringen, die zu Tausenden ohne wirtschaftliche Not der Fabrikarbeit nachgehen.

Um diese berechtigten Bestrebungen zu verwirklichen, fordert der 11. Kongress die einzelnen Verbände auf, der arbeitenden Frau und ihrer gewerkschaftlichen Erfassung erhöhtes Interesse entgegenzubringen. Von jeder christlichen Arbeiterin wird erwartet, daß sie sich zur aktiven Mitarbeit in der christlichen Gewerkschaftsbewegung bereit findet.

Rationalisierung.

Der 11. Kongress der christlichen Gewerkschaften erkennt die dringende Notwendigkeit der Rationalisierung an. Die Rationalisierung muß unbedingt zur Verbilligung der Erzeugnisse führen, sonst verliert sie Sinn und Wirkung. Der Kongress fordert aber bei den jetzigen und späteren Umstellungen in den einzelnen Wirtschaftszweigen und Betrieben, daß dabei der Eigenart des deutschen Arbeiters Rechnung getragen wird. Unerträgliche, Geist und Seele tödende Mechanisierung und Raubbau an der Arbeitskraft müssen ausgeschaltet, und soziale Härten, wie sie sich bisher gezeigt haben, in weitestlicher Weise vermieden werden. Insbesondere ist dabei auf die älteren Arbeitnehmer Rücksicht zu nehmen.

Vom Wirtschaftsgeiste der deutschen Unternehmer.

Von Joseph Jahn.

(Schluß)

Die Art der Unternehmertätigkeit hat sich gegen früher in einem Punkte wesentlich geändert. Der Unternehmer hat einen Teil seiner Funktionen an Verbände bzw. an die Geschäftsführung von Verbänden abgetreten. Kartelle, Syndikate, Konventionen, Arbeitgebervereinigungen, technische Organisationen haben dem Unternehmer von heute einen Teil seiner Arbeit, die er früher leisten mußte, abgenommen. Die Beobachtung der Märkte und der technischen Entwicklung, die Kalkulation seiner Produkte, die Anwendung der wirtschaftlichen Gesetzgebung, das Verhalten zu sozialen Fragen und Lohnproblemen braucht er kaum selbst zu erarbeiten; was die Verbandsgefahrführung meint, wird ihm fein säuberlich vorgelegt, und weil es so am bequemsten ist, richtet er sich danach. Vielleicht ist diese Entwicklung unvermeidbar gewesen; aber wenn sie so weit geht, daß der Unternehmer das selbständige Denken und Stellungnehmen aufgibt und in bequemem Durchführung des Schemas schließlich erstarrt, dann verliert die freie Wirtschaft ihren Sinn, und die produktive Funktion des Unternehmers gerät in Gefahr.

Wenn man solche erlauchte Unternehmerveranstaltungen sich angesehen hat, wie etwa den Kartelltag des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, so hatte man das bedrückende Gefühl, daß der spezifisch unternehmerische Sinn in Deutschland seitens geworden ist. In vielen Reden wurden die Gefahren des freien Wettbewerbes auseinandergesetzt, die sicherlich bis zu einem gewissen Grade bestehen, sowohl wirtschaftlich, wie sozial. Aber daß keiner aufstand, der den Sinn und die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit den Konkurrenten betonte, Beweglichkeit und Aktivität als notwendige Bestandteile einer freien Wirtschaft hinstellte, mit einem Worte, daß nur die bürokratische Maschinerie und gar nicht das kaufmännische Handeln gepriesen wurde, stimmte doch angesichts der großen Umstellungsaufgaben, die noch in Deutschland zu lösen sind, sehr bedenklich. Auch ein solches Dokument, wie die jüngst ver-

öffentlichte Denkschrift des Reichsverbandes der Deutschen Industrie zur deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik, atmet trotz mancher guten Ansätze nicht den wirklichen Unternehmergeist, den wir heute brauchen. Man erkennt zwar langsam die Konstruktionsfehler unserer heutigen Wirtschaft, die aus der weltwirtschaftlichen Entwicklung und aus Krieg und Inflation herrühren, aber man hat noch nicht den rechten Mut, daraus Konsequenzen zu ziehen. Man neigt noch zu sehr dazu, Fehler zu konservieren, indem man auch für das Ueberlebte noch eine Rente retten möchte, statt entschlossen sich nur dem Ausbau der lebensfähigen Teile unseres Wirtschaftslebens zuzuwenden und auf dieses Ziel hin die gesamte Wirtschafts-, Kredit-, Finanz-, Sozial- und Lohnpolitik auszurichten.

Größer als die materiellen Schäden, die die Inflation hinterlassen hat, sind die geistigen Schäden. Auch das stellt sich erst jetzt richtig heraus. In der Inflation hat der deutsche Unternehmer verlernt, seinen ureigensten Aufgaben nachzugehen. Hinter dem Geldwerte herrennen, Sachwerte hamstern, Inflationskredit auszunutzen war zwar eine unvermeidliche Tätigkeit, aber sie hatte mit der wirklichen Unternehmernaufgabe nicht mehr viel zu tun. Die Inflationsjahre haben die Qualität der deutschen Unternehmer verschlechtert, und erst allmählich fangen sie wieder an zu begreifen, daß in stabilen Zeiten das Leben des Unternehmers ein ständiges Sichauseinandersetzen mit neuen Schwierigkeiten ist. Die stets drohende Möglichkeit des geschäftlichen Konkurses und damit zugleich des Verlustes der sozialen Geltung ist in unserer Wirtschaft etwas Notwendiges und Gesundes, das jederzeit zur Wachsamkeit und Sündigkeit aneizert. Man kann diese Gefahren nicht ausmerzen, ohne zugleich das Funktionieren unserer Wirtschaft zu stören. Man soll sie darum auch nicht ausmerzen wollen. Dennoch ist heutzutage der Sinn vieler deutscher Unternehmer auf dieses falsche Ziel gerichtet. Weil die Unternehmer vielfach selbst den Sinn ihrer Aufgabe verloren haben, sind sie schneller als früher mut- und ratlos, wenn mit Naturgewalt Schwierigkeiten sich vor ihnen auftürmen. Nichts ist bezeichnender für die Qualitätsminderung des deutschen Unternehmertums, als der Ruf nach Wirtschaftsdiktatur, der in den letzten Jahren immer dann auftaucht, wenn man mit Augenblicksschwierigkeiten nicht gleich fertig werden kann. Gerade in letzter Zeit sind wieder von Wirtschaftsführern, die bedeutende Namen tragen, Rufe nach einer solchen Diktatur ausgehört worden. Nun braucht man eine solche Diktatur gar nicht einmal ohne weiteres abzulehnen, wenn eine wirkliche Wirtschaftsdiktatur gemeint wäre. Ein Diktator, der also etwa die wirtschaftlichen Ministerien des Reiches mit außerordentlichen Vollmachten in seiner Hand vereinigen müßte, hätte nur dann einen Sinn, wenn er alle Eigenschaften des genialen Unternehmers mitbrächte. Denn es soll doch wohl nicht Staatskapitalismus oder Sozialisierung mit der Wirtschaftsdiktatur erzielt werden? Lieft man die Diktaturausfälle von deutschen Wirtschaftsführern, so scheint man die wichtigste Aufgabe einer solchen Diktatur in einer gewalttätigen Durchführung der Lohn- und Sozialpolitik zu sehen, die heute landläufige Meinung der Arbeitgeber ist. Zum Beispiel heißt es in einem Aufsatz von Kosterg: „Über die jetzt vorliegende Situation könnte nur dadurch wieder geordnet werden, daß man einen staatlichen Wirtschaftsdirektor anstelle mit der alleinigen Aufgabe, die Wirtschaft im Reiche nach wirtschaftlichen Grundsätzen wieder in Gang zu bringen. Er müßte mit möglichst großer Majorität vom Parlament oder vom Volke direkt eine unwiderrufliche 2-3-jährige weitgehende Vollmacht bekommen, die ihn in den Stand setzte, alle bisherigen gesetzlichen Regelungen zwischen Unternehmern und Arbeitern aufzuheben.“

Die Wirtschaftskrisis von heute, die in Wirklichkeit ein Umstellungsprozeß auf neue Verhältnisse ist, beruht zu einem wesentlichen Teil auf einem Verlagen des deutschen Unternehmertums, das den Sinn dieser Krisis nicht begreift oder wenigstens aus der Erkenntnis keine Konsequenzen ziehen will. Sagt man also Wirtschaftsdiktatur, so müßte sie vor allen Dingen auch eine Diktatur über das Unternehmertum auf seinem eigentlichen Aufgabengebiete sein. Das würde heißen: der Diktator müßte das Recht haben, die faulen, überlebten, nicht zukunftsfähigen Betriebe radikal stillzulegen, aber nicht nach der Methode der Syndikate, die den Unternehmungen nach ihrer Stilllegung noch eine beinahe ewige Rente garantieren, sondern er müßte diese Betriebe schnell und erbarmungslos versinken lassen, damit sie nicht den lebensfähigen das an sich so geringe neue Kapital weiterhin wegtrassen. Aber wo ist dieser geniale Unternehmer, der zugleich ein Staatsmann sein müßte, und der den sicheren Blick für das Ueberlebte und das Lebensfähige hat und zugleich die Kraft, seine Erkenntnis schnell durchzusetzen? Ist es da nicht doch besser, den Ausscheidungsprozeß sich allmählich durch das Walten des Wettbewerbes, der Kreditwierigkeiten und, was sehr zu unterstreichen ist, einer aufwärtsdrängenden Lohnpolitik vollziehen zu lassen? Ein Wirtschaftsdiktator, der seine Aufgabe darin sieht, Lohnerhöhungen zu verhindern, Arbeitszeit zu verlängern, soziale Rechte abzubauen, verdient gar nicht diesen Namen, sondern er wäre nur das ausführende Organ der reaktionären Teile des deutschen Unternehmertums, und, was das gefährlichste ist, er würde eine wirkliche Gesundung gar nicht mit diesen Mitteln herbeiführen können, denn er trüge dazu bei, auch dem faulsten Betriebe das Weitervegetieren zu erleichtern. Je länger die Arbeitszeit, je geringer die sozialen Rechte, je niedriger die Löhne, um so mehr besteht die Möglichkeit, mit überalterten Wirtschaftsmethoden „Unternehmer“ zu spielen. Wenn die gegenwärtige Krisis einen

Sinn haben soll, dann muß sie auch eine Qualitätsauslese im deutschen Unternehmertum bewirken. Der kaufmännische Geist, der technische Fortschritt, die soziale Weitsicht sollen triumphieren! Darum komme man nicht mit solchen aus Rücksicht gebotenen Vorschlägen, die nicht dem aktiven Unternehmertum oder auch der soliden Kaufmannsauffassung gemäß sind, sondern einem denkfaulen Bürokratismus und sozialreaktionären Wünschen ansprechen.

Erfreulicherweise läßt sich, weniger bemerkt von der großen Öffentlichkeit, an vielen Stellen der deutschen Wirtschaft doch schon wieder eine Gesundung des Unternehmertums beobachten. Die tatsächliche Macht der Kartelle läßt nach; unter der Hand werden mehr denn je die Kartellobschriften über Preise und Lieferungsbedingungen übertreten, der freie Wettbewerb schleicht durch die Hintertür wieder herein. Gewiß ist das sehr oft auf Geldschwierigkeiten zurückzuführen, gewiß ist es auch oft ein moralisch nicht ganz einwandfreies, Vertragsstreue verachtendes Verhalten. Aber es zeigt doch, daß der wirkliche Unternehmer vom Verbandschema los will und wieder stärker seinen eigenen Kalkulationen vertraut. Auch wenn man eine Denkschrift liest, die jüngst vom Vereins Deutscher Maschinenbau-Anstalten veröffentlicht wurde, in der eine größere Beweglichkeit und Weithelligkeit in der deutschen Zollpolitik gefordert wird, gewinnt man den Eindruck, daß das Lehnsessel-ideal, dem im Grunde die Hochschutzwünsche entspringen, an Geltung wieder verliert.

Zum Schluß sei auf den Aufsatz eines zweifellos sehr erfolgreichen deutschen Unternehmers hingewiesen: Robert Bosch, Stuttgart, „Die Pflicht des Führers“ in der Weihnachtsnummer der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“. Er unterscheidet sich vorteilhaft von den Meinungen seiner meisten heutigen Kollegen dadurch, daß er es auch wagt, den Unternehmern Wahrheiten zu sagen und nicht immer nur die Gewerkschaften, die Sozialpolitik und die Politik überhaupt für Schwierigkeiten verantwortlich zu machen. Bosch sagt von dem deutschen Unternehmer: „... Er steht allermeist auf dem Standpunkte, daß man den Arbeiter nicht über ein Gewisses hinaus verdienen lassen dürfe, man mache ihn dadurch nur begehrt und bekomme trotz Bewilligung großer Verdienste keine Ruhe im Betriebe. Ich will nun einmal zugeben, man kriegt keine Ruhe im Betriebe, aber man kriegt wenigstens die größere Leistung, und das ist doch vor allem erstrebenswert und lebensnotwendig, wenn man mit Ländern, wie die Vereinigten Staaten, in Wettbewerb tritt. Es ist aber noch nicht einmal richtig, zu sagen, man kriegt keine Ruhe im Betriebe. Direkt hat man weniger Ursache, wenn man nicht ständig an den Schornstein klopft. Noch höher aber schätze ich den indirekten Faktor ein, der dadurch entsteht, daß man den Arbeiter mehr verdienen läßt. Ein gut bezahlter Mensch ist zufriedener, er ist sorgloser, er ist arbeitsfähiger. Kommt er gar erst so weit, daß er sich irgendeine Liebhaberei leisten kann, oder daß er sich etwas ersparen kann, daß er ein gewisses Eigentum erwirbt, und ist es schließlich nur die Erwartung eines Schrebergartens, so ist der Mann ein ganz anderer. Es gewinnt allmählich die Ueberzeugung in ihm Raum, daß er doch noch nicht nur ein Existenzier, ein Mensch zweiter Klasse ist...“

In Wirklichkeit kommt „Urruhe“ durch steigende Löhne eigentlich nur bei den in sozialer, technischer oder kaufmännischer Hinsicht ungeschickten Unternehmern vor; denn steigende Löhne fordern von ihm selbstverständlich ein dauerndes Ueberprüfen und Modernisieren seiner technischen und kaufmännischen Organisation. Soweit eine solche Urruhe durch steigende Gehälter und Löhne erzeugt wird, muß man sie aber als eine produktive Urruhe bezeichnen gerade in einem Lande, das einen langwierigen Umstellungsprozeß durchmachen muß, das unter den Rückwirkungen des Krieges, der Inflation und der Einschränkung des Wettbewerbes mit Kartellen und Schutzzöllen teilweise noch rückständig ist und immer wieder rückständig zu werden droht.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Mitglieder machen wir darauf aufmerksam, daß für die Zeit vom 25. April bis 1. Mai 1926 der 13. Wochenbeitrag im Jahre 1926 fällig ist.

Berichte aus den Abteilungen.

■ **Kempten.** Aus der Jugendbewegung. Nach den organisierten Richtlinien der Zentrale für die Jugendorganisation ist die Verbandstätigkeit hauptsächlich zu legen auf 1. fachliche Erziehung und 2. Erziehung zu gewerkschaftlicher Solidarität. Die Richtigkeit dieser Grundzüge hat sich auch in unserer Jugendgruppe mit aller Deutlichkeit gezeigt. Unser Abteilungsleiter, an der Spitze der überaus tüchtige Kollege Suggenmaos, hat sich sofort nach dem vorjährigen Verbandstag daran gemacht, die Jugendbewegung mit aller Energie zu fördern. Der weitaus größere Teil aller in Kempten vorhandenen Lehrlinge sind Mitglieder unserer Jugendgruppe, und warum? Hauptsächlich durch den Zeichenkursus. Bei der Durchführung dieses Kurses für die Lehrlinge wurde weniger darauf gesehen, schöne, schaumfähige Ansichtszeichnungen zu machen, sondern die praktische Schreinerarbeit der Werkstätte wurde hauptsächlich in den Vordergrund gestellt. Mit dem Zeichen einjähriger Fachschul- mit horizontal-

und Vertikalchnitt, sowie mit gleichzeitigem Herauszeichnen der Holzliste für den Zuschneider wurde begonnen. Nach dieser Methode wurde aufgebaut bis zum einfachen Schlafzimmer. Es stellte sich gar oft heraus, daß es für die Jungen immer am Schwierigsten war, nach der Zeichnung die Holzliste herauszuschreiben. Um so größer war aber auch das Interesse. Ein Beweis von jugendlichem Strebergeist nach fachlichem Können. Unsere beiden Mitglieder Jäkle und Bette, welche den Kursus auf Grund ihrer fachlichen Erfahrungen und Kenntnisse leiteten, verdienen für ihre geleistete Arbeit ganz besonderen Dank. Dazu kamen auch Vorträge von fachlich tüchtigen Kollegen unserer Abteilungsstelle über praktische Schreinerarbeit, Behandlung von Hölzern und dergleichen.

Am Sonntag, den 11. April war nun die ordentliche Monatsversammlung der Jugendgruppe, verbunden mit Elternabend und Schlussfeier des Winterkurses. Jeder Teilnehmer des Winterkurses sollte mit einer kleinen Anerkennung für seine geleistete Arbeit bedacht werden. Eine für diesen Zweck ganz unparteiisch eingesetzte Preis-Prüfungskommission hatte die Aufgabe, die Leistungen der einzelnen Kollegen mit praktischen Preisen, wie Puchhobel, Fuchschwanz, Festschrift, Jahrbücher, Gewerkschaftsnadeln u. dgl., zu würdigen. Die Eltern der Lehrlinge, welche in überaus großer Anzahl zu diesem Abend erschienen waren, hatten auch Gelegenheit, einmal die praktische Arbeit unseres Verbandes für die Lehrlinge kennenzulernen, und es darf wohl gesagt werden, daß alle Eltern nicht nur befriedigt nach Hause gingen, sondern auch das Bewußtsein in sich tragen, daß schon der junge Lehrling die Gewerkschaftsbewegung zum Zwecke der Fortbildung und Schulung auf sozialem Gebiet unbedingt notwendig hat. Das Thema Lehrlingswesen und Gewerkschaften, welches vom Bezirksleiter Kollegen Dieboldt behandelt wurde, führte die Eltern in das Sein und Wesen unserer Bestrebungen ein. Die dankbarste Aufgabe unseres Gewerkschaftslebens ist nach den Erfahrungen in Kempten wohl die Ausbildung und Erziehung unserer Lehrlinge fachlicher und gewerkschaftlicher Art. Wohl gehört viel Opfer, viel Mühe und Fleiß dazu, um die „Jungens“ zu halten, jedoch wird der Same, der hier durch uns gelegt wird, späterhin reiche Früchte tragen. Es ist nur zu wünschen, daß in allen Abteilungen, wo Lehrlinge vorhanden sind, nach diesem Beispiele gearbeitet wird, und es darf wohl sicher angenommen werden, daß diesen Bestrebungen der Erfolg auf die Dauer nicht versagt wird.

■ **Magdeburg.** Am Sonnabend, den 17. April, fand unsere Generalversammlung statt. Dieselbe nahm einen sehr anregenden Verlauf. Einstimmig wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Kollege Gruber, Berlin, hielt einen Vortrag über: „Die Arbeit und Erfolge unserer Bewegung im vergangenen Jahre.“ Er beleuchtete in kurzen Worten die augenblicklich herrschenden Uebel unserer Wirtschaft. Ganz besonders zeigte er uns auch die Geistesstellung weiter Kreise im deutschen Arbeitgeberlager. Es wurde dann zum Beschluß des Zentralvorstandes Stellung genommen. Alle anwesenden Kollegen haben die Notwendigkeit dieses Beschlusses ein, und pflichteten der Maßnahme des Zentralvorstandes einstimmig bei. Zum Schluß richtete der Vorsitzende, Kollege Brauner, einige aufmunternde Worte an die Kollegen, rege und auch trotz der Uebermacht der sozialistischen Gewerkschaften für unsere Bewegung tätig zu sein und die ganze Kraft in den Dienst derselben zu stellen.

■ **Kemagen.** Die Firma Möbelwerke Jos. Alfert sucht durch Inserat in süddeutschen Tageszeitungen Schreiner. In Kemagen selbst und nächster Umgegend sind genügend Arbeitskräfte, Tischler und Maschinenarbeiter, in sehr großer Anzahl noch heute arbeitslos. Der größte Teil der früheren Belegschaft befindet sich darunter. Die Firma hat, nachdem sie monatelang stillgelegen hat nur einige Leute wieder eingestellt, dabei aber Lohnkürzungen und Akkordpreiszüge bis zu 45% vorgenommen. In Akkordarbeit kann höchstens 35,- bis 38,- Mark pro Woche verdient werden. Seit Wochen sind diese Lohnunterschiede Gegenstand von Verhandlungen, die bisher noch nicht zu einer Einigung führten. Der Versuch der Firma, süddeutsche Kollegen heranzuholen, deutet auf die Absicht derselben hin, die bestehenden Differenzen gegen den Willen der hiesigen Kollegen zu erledigen. Wanderlustigen Kollegen ist dringend abzuraten, die Arbeit in Kemagen anzunehmen.

Gewerkschaftliches

■ **Silberjubiläum des christlichen Textilarbeiterverbandes.** Im Verfolg eines im Oktober 1900 auf einer Delegiertenversammlung in Köln gefaßten Entschlusses vereinigten sich am 1. April 1901 die schon länger bestehenden lokalen und bezirklichen Textilarbeitervereinigungen von Aachen, Krefeld, M.-Gladbach, Eupen und Bocholt zum Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands. Die sonstigen noch bestehenden lokalen Textilarbeiterverbände auf christlicher Grundlage traten ihm sofort bei. Am 1. Oktober 1901 folgte der Verband in Düren, und am 1. Februar 1902 der Landesverband Bayern. Bei der Gründung zählte der Zentralverband 12 545 Mitglieder. Heute vertritt er die wirtschaftlichen Belange von 83 509 Textilarbeitern. Das Verbandsvermögen in bar betrug 1901 26 286 Mark, Mitte 1925 667 339 Mark. In der Zeit seiner Wirksamkeit steigerten sich die Textilarbeiterlöhne um 50 und mehr v. H. Als Vertragskontrahent war der Verband an 65 Tarifverträgen beteiligt, die 4710 Betriebe mit 440 914 Textilarbeitern umfaßten. In Kampf und Schwierigkeiten ist der Zentralverband christlicher Textilarbeiter groß und stark geworden. Daß er seine organisatorische Schlagkraft erhalten und weiter

entwickeln möge zum Segen des von ihm betreuten Standes, wünschen wir von ganzem Herzen.

Rundschau.

■ **Vom Sinn der organisierten Sparkraft.** Der Dortmunder Kongreß der christlichen Gewerkschaften hat erneut Sinn und Aufgaben der organisierten Sparkraft behandelt. In einer Entschließung wurde zum Ausdruck gebracht: Die erstrebte gleichberechtigte Mitbestimmung in Betrieb und Wirtschaft können Arbeitnehmer in verstärktem Maße erreichen auf dem Wege über den Mitbesitz der Wirtschaft. Durch Stärkung und gute Organisation der Sparkraft sowie die systematische Verwendung des Sparkapitals ist diesem Ziele zuzustreben. Aufgabe aller Angestellten sowie der Ortskartelle und Ortsgruppenleitungen ist, unausgesetzt für diese Idee zu werben und auch durch Errichtung von Sparannahmestellen der Deutschen Volksbank den Sparbetrieb zu erleichtern.

Die Deutsche Volksbank hat nun in einem kleineren Schriftchen Sinn und Zweck ihrer Arbeit behandelt. Schon die äußere Aufmachung des Schriftchens läßt auf den besonderen Inhalt schließen. Inmitten eines markanten Industrie- u. Wirtschaftsbildes steht als kraftvolle Verkörperung des Arbeitnehmersparkapitals der Sparbesessene Arbeiter, andeutend, wie mit Hilfe dieser Kräfte die Arbeitnehmer zum Mitbesitz in der Wirtschaft gelangen sollen.

Die Leitgedanken stellen sodann in übersichtlicher Weise den Inhalt dar. Da werden im ersten Teil über den Sinn der organisierten Sparkraft als Hauptgedanken hervorgehoben, wie die Sparkraft die Quelle der Wirtschaftskraft der Arbeitnehmer ist, wie nunmehr das Kapital des werktätigen Volkes in den Dienst der sozialen Ideen der Arbeiterbewegung gestellt werden soll.

Von der Organisation der Wirtschaftskraft der Arbeitnehmer im Programm unserer Bewegung handelt der zweite Teil. Es werden vorgezeichnet die Wege zur Mitverwaltung, wie auch solche zum Mitbesitz in der Wirtschaft. Aus der Darstellung über den Sparsinn des Deutschen Volkes ergibt sich die Lebensnotwendigkeit des Sparens für die Arbeitnehmerschaft. Daher die Deutsche Volksbank als Sparbank der christlich-nationalen Arbeiter, Angestellten und Beamten. Es soll dem Vorbild anderer Stände bei der Pflege des berufständischen Sparverkehrs gefolgt werden. Beispiele aus anderen Ländern zeigen die dortige Arbeit und eine kurze Anleitung für die praktische Arbeit bei der Organisation des Sparverkehrs bildet den Abschluß.

So behandelt das Schriftchen zum ersten Male dringliche und neuartige Aufgaben der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Weitgehendste Beachtung und Verbreitung kann deshalb erwartet werden. Entsprechend der Entschließung des Dortmunder Kongresses wendet sich das Schriftchen in erster Linie an die Gewerkschaftsangehörigen, Ortskartelle, Ortsausschüsse der D. G. V. und Ortsgruppenleitungen. Diefen wird die Schrift, soweit es noch nicht geschehen ist, auf Wunsch kostenlos zugestellt durch die Deutsche Volksbank, Essen 3. Hagen 64.

Aus dem gewerblichen Leben.

■ **Deutsche Meisterschule für Polsterer und Dekorateur in Frankfurt a. M.** In der Nummer 14 unserer Verbandszeitung vom 2. April ist berichtet, daß in Frankfurt a. M. eine Aufbauschule für Dekorateur, Polsterer und Tapezierer errichtet wurde. Dieselbe wurde am 18. April eröffnet, unter Teilnahme der staatlichen und städtischen Behörden. Auf den meisten Gauen Deutschlands waren auch die Obermeister der Tapezierer-Innungen vertreten.

Ergänzend zu dem Bericht über die Gründung der Schule sei zur Beachtung für unsere Kollegen noch angeführt: Die Leitung liegt in den Händen des Direktors, Eh. Walter, als Lehrer wirken an ihr Gewerbeoberlehrer, Fachlehrer und Innenarchitekten. Der Unterricht umfaßt die Gebiete: Zuschneiden, Dekorieren, Polstern, Werkzeug- und Werkstoffkunde, Betriebslehre, Kostentechne, Kultur- und Kunstgeschichte, Farbenlehre, Schrift- und Zahlungsverkehr, Buchführung und Rechtskunde. Die 42 Wochenstunden, die gegebene werden, verteilen sich auf die Gebiete wie folgt: Achtzehn Stunden entfallen auf die verschiedenen Zweige des Berufszeichnens, sechzehn auf Verursarbeit und acht auf Berufskunde. Diese 42 Stunden werden abgehalten an sechs Vormittagen (von 8-1 Uhr) und vier Nachmittagen (3-6 Uhr). Es sind Ganz- und Halbjahreskurse vorgesehen. (Schulgeld im Jahre 240 Mark, im Halbjahre 120 Mark.) Die Kurse beginnen anfangs April und Oktober. Der Anmeldung sind ein eigenhändig geschriebener Lebenslauf, beglaubigte Zeugnisabschriften und Nachweis einer ordnungsmäßigen Lehre beizufügen (Gesellenprüfung). Es ist bei jeder Anmeldung eine Einschreibgebühr zu zahlen, die auf das Schulgeld verrechnet wird. Alle Vierteljahre werden Schulwettbewerbe veranstaltet und Prüfungsarbeiten verlangt. Belugenen Leistungen wird berechtigt das Abhelfzeugnis der Fachschule zum Erlaß des theoretischen Teiles der Meisterprüfung.